Aus der Wahlbewegung

Der Katholikenausschuß der Deutschnationalen Volkspartei

hatte den Geschäftsführer des Reichsausschusses, Dr. Pritze, Schriftleiter des unter der merkwürdigen Bezeichnung „Katholisches Korrespondenzblatt" herausgegebenen Ausschußblattes am Sonntag abend in Königs Gesellschaftshaus, Dresden, Blumenstraße, gebeten, damit er über „Die Bedeutung der sächsischen Landtagswahlen für die christliche Wählerschaft" spreche. Um es vorweg zu nehmen: Redner bereitete dem geringen Häuflein seiner katholischen Parteifreunde, das kaum die vorderen Stuhlreihen des kleinen Saales füllte, sowie den anwesenden Zentrumsanhängern eine Enttäuschung, bei letzteren weckte er allerdings noch starke Entrüstung durch einige Herausforderungen, die er mit der für einen Redner peinlichen Wendung, „er sei offenbar falsch verstanden worden", in seinem Schlußwort mit mehr oder minder gewundenen Erklärungen zurücknehmen mußte. Dr. Pritze beschränkte sich bei Behandlung des Themas lediglich auf den Hinweis, daß infolge der Fleißnerschen Kampfansage von dem christlich gesinnten Volksteil tiefgehende Weltanschauungsfragen im Kampfe mit der Sozialdemokratie ausgefochten werden müßten. Dieses und der Appell zur Schaffung eines christlichen Blockes war ungefähr das einzige, was Redner im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl zu sagen hatte. Der übrige Teil der Rede war ein Angriff auf das Zentrum und eine als Rechtfertigung anmutende Erklärung, weshalb dieser oder jener Katholik Unterschlupf bei der Deutschnationalen Volkspartei suche. Nach einem unverständlichen Ausfall, wobei die Verzögerung der Verabschiedung des Reichsschulgesetzes dem Zentrum zur Last gelegt wurde, erging Redner sich in der eigenartigen Klage, daß bei dem Zentrum die Wahrung der christlichen Weltanschauung nicht zum Besten aufgehoben sei. Um besonderen Eindruck auf Katholiken zu erzielen, wurde auch hier der jetzt so beliebte Trick nicht verschmäht, Aeußerungen Papst Leos XIII. und Benedikts XV. mit der politischen Haltung der Zentrumspartei in Gegensatz zu bringen. Man vergießt salzige Tränen über das unkatholische Zentrum, das dem Heiligen Vater nicht folge, obwohl Redner ein paar Sätze später selbst erklärt, daß Religion mit Politik nichts zu tun habe. Abgesehen von der Unrichtigkeit dieser Behauptung soll sie nur die mangelnde Logik in den Ausführungen des Herrn Geschäftsführers erhärten. Ganz besonders peinlich berührte es, daß hier wieder die Begriffe Arbeits- und Gesinnungsgemeinschaft durcheinander gewürfelt wurden, indem Redner behauptete, das Zentrum sei durch beiderlei Gemeinschaft der Sozialdemokratie verbunden. Der Zweck einer Aufzählung einiger adeliger Katholiken, die dem Zentrum den Rücken gekehrt hätten, insbesondere des früheren Oberpräsidenten der Rheinprovinz Schorlemer-Lieser, war nicht recht ersichtlich, zumal dem Redner bekannt sein mußte, daß die Abwanderung einiger Katholiken aus sogenannten Intelligenzkreisen zu den Deutschnationalen nunmehr zum Stillstand gekommen ist. Die besonneneren Elemente dieser Sezessionisten sind bereits wieder auf dem Heimwege begriffen. Auch eine Aussprache-Rednerin, Freiin von Brackel, glaubte auf ihren entfernten Vetter Schorlemer-Lieser hinweisen zu sollen, der 1906 aus dem Zentrum ausschied. Wenn genannte Dame das Lebensbild des Vaters jenes Oberpräsidenten in ihrer Familienchronik aufmerksam studiert hätte, dann würde ihr dieses Bild eines Edelmannes, der aus härterem, nicht so biegsamem Holze geschnitzt war wie der Sohn, eine ungetrübtere Freude bereitet haben. Denn bei der Betrachtung des Lebensbildes eines Mannes, der im vorgeschrittenen Alter seine politische Ueberzeugung wechselt, wie es der Sohn tat, ist die Freude keine ganz ungetrübte. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Beurteilung der staatsmännischen Fähigkeiten eines Schorlemer-Lieser, der auch als Verwaltungsbeamter und Förderer der rheinischen Landwirtschaft große Verdienste sich erwarb, irgendwie Abbruch geschehen soll. Ob freilich der Genannte sich heute bei dem Katholikenausschuß der Deutschnationalen, insonderheit bei der sächsischen Zweiggruppe, deren Vorkämpferin Freiin von Brackel zu sein behauptete, wohl fühlen würde, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Man kann bei dem Wandel der Zeiten, bei den gänzlich veränderten Verhältnissen heute niemals sagen. Windhorst, Reichensperger, Schorlemer-Alst würden dieses oder jenes tun, jedenfalls aber würde ein Schorlemer-Alst heute noch in den in voriger Woche veröffentlichten Richtlinien der Zentrumspartei das alte Soester Programm wieder erkennen. Es erübrigt sich, des längeren auf Dr. Pritzes Ausführungen einzugehen. Eine treffende Abfertigung erhielt er durch mehrere Zentrumsredner, zunächst Studienrat Weis, den Spitzenkandidaten der Zentrumspartei, der in sachlicher, die Herausforderungen des Referenten jedoch energisch zurückweisender Form die Arbeit der Zentrumspartei zur Erhaltung der christlichen Kulturgüter, vom Entstehen der Partei ab über die Weimarer Tage bis auf die heutige Stunde hin darlegte, die Gesinnungsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie absolut zurückwies und auf die schädliche, unter den Katholiken Verwirrung anstiftende Schrift Häusers aufmerksam machte, der die Broschüre Msgr. Walterbachs gegenüber gestellt werden müsse, deren Lektüre er allen aufs wärmste empfahl. Bemerkt sei beiläufig, daß Graf Schall-Riaucour sich der Versammlung als deutschnationaler Landtagskandidat vorstellte, seine Gründe, die ihn zu dieser Partei hinführten, kurz angab, was aber für die Oeffentlichkeit nicht von größerem Belang sein dürfte. Auf briefliche Anfragen an uns sei übrigens an dieser Stelle mitgeteilt, daß, obwohl einzelne Blätter die Ansicht vertreten, Graf Schall-Riaucour gelte als der Kandidat des katholischen Ostsachsens, dies schon deshalb nicht zutreffen kann, weil die Gruppe der Eigenbrödler, die sich allenfalls für den Herrn Grafen entscheiden werden, doch wohl zu unansehnlich ist, und für die Zentrumswähler — hierunter sind wohl jene katholischen Ostsachsen zu verstehen — der Spitzenkandidat der christlichen Volkspartei allein in Frage kommt. Herr Pfarrer Bodenburg trat in wirksamster Weise für die alt angestammte Christliche Volkspartei ein, wies vor allen Dingen die Angriffe auf den Vorkämpfer des Deutschtums in Oberschlesien, Pfarrer Ulitzka, zurück, den alle Deutschen ohne jeden Unterschied an lebhaftestem Danke verpflichtet sind. Auch das „Katholische Korrespondenzblatt" vom 21. Oktober, das uns soeben zugeht, entblödet sich nicht, Erzpriester Ulitzka und seinen „Adjutanten" Ehrhard anzugreifen, insbesondere Ulitzka, dessen zielsichere Arbeit zum Wohle des Deutschtums Oberschlesiens vorteilhaft absticht von der lärmvollen Agitation gewisser deutschnationaler Kreise. In demselben Aufsatze wird Dr. Brauns, ein katholischer Priester, deshalb getadelt, weil er sich in Leipzig hingestellt und die sozialistischen Gewerkschaften begrüßt habe, die sich doch den systematischen, erbitterten Kampf gegen Christentum und Kirche zur Aufgabe machten — ein lächerlicher Vorwurf: denn Dr. Brauns sprach dort nicht als katholischer Priester, sondern als Reichsarbeitsminister. Diese Eigenschaft verschwieg am gestrigen Abend Dr. Pritze; man sieht also, daß man auch gewisse Mittelchen nicht verschmäht, um einen Eindruck auf Katholiken nicht zu verfehlen. Summarisch aufräumend rechnete noch als Zentrumsredner Herr Vogt mit den Veranstaltern des Abends, insbesondere mit dem Referenten ab, so daß der Gesamteindruck dahin gekennzeichnet werden kann, daß auch nicht ein einziger von den Anwesenden zu jenem Häuflein der Unentwegten übergelaufen sein dürfte. Die Leitung der Veranstaltung lag in den Händen des Herrn Sanitätsrates Krätschmar, die bei der begreiflichen Unruhe eines Teiles der Versammlung nicht eben leicht war. Erst nach Mitternacht war die Rednerliste beendet.

Aufbaupartei

Die Staatszeitung teilt folgendes mit:

Sattlermeister Rauschenbach, der Vorsitzende des Wahlausschusses, hat einem Zeitungsvertreter mitgeteilt, daß Schriftsteller Müller-Heim am Freitag seine Kandidatur zurückgezogen habe.

Nachrichten aus Sachsen

Ein Reinfall des Herrn Lipinski

Von sehr zuverlässiger Seite wird uns geschrieben:

Vor etwa einem Jahre war der Hauptmann der Grünen Polizei v. Bünau durch eine Verfügung des Ministers Lipinski aus der Landespolizei entlassen worden, weil er 1. während des Kapp-Putsches eine unsichere Haltung gezeigt haben sollte, 2. während der letzten mitteldeutschen Unruhen Waffen unrechtmäßigerweise nach Borna zur Verwendung bei der Landespolizei habe bringen lassen und 3. einen widersetzlichen Beamten angefaßt und ihm eine leichte Hautabschürfung beigebracht haben sollte. Hauptmann v. Bünau beschritt den Rechtsweg und hat seinen Prozeß nunmehr auch in zweiter Instanz gegen den Staatsfiskus in glänzender Weise gewonnen, daß Herr Lipinski darauf verzichtete, Revision einzulegen und dem Geschädigten die Genugtuung gab, ihn sofort bei der Landespolizei in Dresden wieder einzustellen.

Regierungsrat Hänichen verurteilt

Regierungsrat Dr. Hänichen von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wurde am Sonnabend vom Landgericht Zwickau wegen Beleidigung der sächsischen Regierung und zahlreicher Mitglieder der ehemaligen Volkskammer zu 180 000 M. verurteilt. Der Angeklagte gab die Straftaten zu, erklärte aber, daß er die Bemerkungen in der Erregung und in seine Privatakten gemacht habe, von denen er nicht angenommen habe, daß sie zur Kenntnis der Behörden gelangen würden.

Parteinachrichten

Zentrumsversammlungen

Dienstag den 24. Oktober: Plauen i. V., 8 Uhr „Freundschaft". Redner: Eidmann-Leipzig: Christliche Politik, Deutschlands Rettung.

Mittwoch den 25. Oktober: Radeberg, 7.30 Uhr „Deutsches Haus". Redner: Weis-Dresden: Brauchen wir in Sachsen eine Zentrumspartei?

Montag den 30. Oktober: Chemnitz, 7.30 Uhr „Hohenzollern". Reichstagsabgeordneter Dr. Hoefle.

Kirchliches

Die Not im katholischen Klerus

Im südlichen belgischen Kohlengebiet in Holland wurde, wie der Aachener Volksfreund mitteilt, bei einer Zusammenkunft der dortigen Geistlichen auch die schwere wirtschaftliche Not der deutschen Geistlichen besprochen. U. a. wurde festgestellt, daß von 2300 Priestern der Erzdiözese Köln 1300 unterstützungsbedürftig sind. Am drückendsten mache sich diese Not unter dem in Klein-, Mittel- und Großstädten wirkenden Klerus fühlbar. Von der Konferenz wurde eine Hilfsaktion beschlossen und zu diesem Zwecke ein Komitee, an dessen Spitze Pfarrer Nicolaye, Rektor Poels und Rektor Gillissen, alle aus Heerlen (Provinz Limburg, Holland) stehen, gebildet. In einem Aufruf wird an die Mildtätigkeit der katholischen Bevölkerung appelliert und um schnelle Hilfe ersucht.

Arbeitsvorschläge des katholischen Landeselternrates

(Fortsetzung.)

An Exerzitien zum Zwecke religiös-sittlicher Vertiefung ist schon vor einigen Jahren gedacht worden.

Noch eine Menge Aufgaben liegt vor uns. So möge der Gemeinschaftsgeist den Kindern gegenüber bekundet werden durch ein Entlassungsandenken für unsere Volksschüler, das für alle Orte gleich, aber jedes Jahr anders sein müßte.

Ferner möchten wir der Kinder gedenken, die nach höherer Bildung streben, deren Eltern aber zu arm sind. Neben deutschen Kindern handelt es sich auch um Kinder von Deutschböhmen, welch letztere ganz besonders schlecht daran sind, weil, wenn sie nicht die tschechische Sprache können, sie weder von der Tschechoslowakei eine Unterstützung erhalten, noch hier irgendwie berücksichtigt werden können. Dasselbe gilt von diesen vielfach auch in bezug auf Ferienpflege.

In diesem Zusammenhange ist auch der Bautzner katholischen Aufbauschule zu gedenken. 20 Schüler müssen ihr jedes Jahr zugeführt werden, wenn sie ihren konfessionellen Charakter bewahren soll. Anläßlich unserer Rundschreiben vor Ostern klagten uns mehrere Väter, daß sie die Bildungskosten nicht erschwingen könnten. Auch hier muß geholfen werden durch wohltätige Vereine oder durch freiwilligen Zusammenschluß einiger Gönner für jeden besonderen Fall. Die einzige katholische höhere Schule Sachsens darf nicht verloren gehen aus Mangel an katholischen Schülern. Das wäre eine Schande! Wie würden die Gegner sich freuen! Wer könnte das ertragen?

Ferner muß der Landeselternrat auch bitten, unsere einzige katholische Zeitung zu erhalten. Wieviel hat sie schon unserer Sache geholfen und wird noch helfen!

Die Elternräte der einzelnen Schulen bitten wir, schon jetzt an die Schulbedürfnisse für das nächste Jahr zu denken, auf Beschaffung von Herbergsmöglichkeiten, um die teuren Fahrten besser ausnützen zu können, um den Versuch, Freifahrten für die Kinder zu erhalten. Jeder Ort wird außerdem noch seine besonderen Bedürfnisse haben.

Ein Auszug dieser Vorschläge mit Vortragsthemen geht den einzelnen Elternräten noch zu.

Schwer sind die Aufgaben, die der Eltern und Erzieher harren. Noch vieles ist unausgesprochen geblieben.

Doch alles für Christus zum Segen unserer Jugend und unseres Volkes. A. Sch.

Die Erhöhung des Getreideumlagepreises

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte seine Beratungen über die Getreideumlage fort. Von der Sozialdemokratie wurde folgender Antrag vorgelegt: „Die gegenwärtig der Preisfestsetzung für künstliche Düngemittel zugrunde liegende Indexberechnung hat zu einer gewaltigen Steigerung der Preise für künstliche Düngemittel geführt. Deshalb soll sowohl der Kohlenschlüssel für die Stickstoffindustrie als auch der Getreideschlüssel für die Phosphatindustrie sofort geändert werden. Ferner soll die Reichsregierung sofort einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den der deutschen Stickstoffindustrie eine Umlage von Düngmitteln zu verbilligten Preisen aufgelegt wird." — Abgeordneter Dr. Heim (Deutsche Volksp.) erklärte seine Zustimmung zu dem Grundgedanken obigen Antrages, desgleichen Abgeordneter Schiele (Deutschnat.). Zu den Anträgen auf Herabsetzung der Umlage von 2,50 auf 1,25 Millionen erklärte Reichsminister Dr. Fehr, sie seien für die Reichsregierung unannehmbar, die Versorgung sei so bedroht, daß eine Milderung nicht eintreten könne, zumal wenn von dieser Menge schon ein beträchtlicher Teil für Mißwachs abgehe. — In der weiteren Debatte betonten die Abgeordneten Döbrich (Deutsche Volksp.), Dr. Böhme (Dem.) und Schiele (Deutschnat.) die Unmöglichkeit der Aufbringung der Umlage. Abgeordneter Schlack (Zentrum) erklärte, es sei die Erfassung des letzten Kornes notwendig, da Deutschland vor einer Katastrophe der Brotversorgung stände. Dieselbe Meinung vertraten die Abgeordneten Dißmann (Soz.) und Kraetzig (Soz.). Eine Beschlußfassung über die zahlreich eingebrachten Anträge wurde auf heute abend nach Schluß der Plenarsitzung vertagt. Nach Schluß der Plenarsitzung trat der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages noch zusammen, um über die zahlreich eingegangenen Anträge, das Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide betreffend, abzustimmen. Angenommen wurde der Antrag des Abgeordneten Blum (Zentrum), wonach der Preis für das erste Drittel der Getreideumlage nach dem von 25 v. H. ermäßigten Durchschnittsinlandsmarktpreise des Getreides in den Monaten September und Oktober berechnet werden soll. In Anbetracht der täglich sich ändernden und steigenden Preise für Bewirtschaftungskosten, Dünger, Frachten werden für die Umlage nach dem Ablaufe des Termins für das erste Drittel (31. Oktober) anstatt zwei Lieferfristen vier Lieferfristen festgesetzt, nämlich 31. Dezember 1922, 31. Januar 1923, 28. Februar 1923 und 15. April 1923. Für jede dieser Lieferfristen wird der Preis nach den um 25 v. H. ermäßigten Durchschnittsinlandsmarktpreise der betreffenden Lieferungsperiode festgestellt. Angenommen wurde außerdem ein Antrag des Abgeordneten von Guérard (Zentrum), wonach dem § 1 des Gesetzes vom 4. Juli 1922 folgender Absatz hinzugefügt werden soll: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Umlagemenge entsprechend herabzusetzen, wenn nach dem Ergebnis der Feststellung der Ernteerträgnisse die Aufbringung einer Umlagemenge von 2,50 Millionen Tonnen nicht möglich erscheint."

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit einem Verordnungsentwurf über die Erhöhung der Unterstützung für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung. Von seiten der Abgeordneten Hoch (Soz.) und André (Zentrum) lagen Anträge vor, die eine Erhöhung der Unterstützungsbeträge noch über die Sätze der Regierungsvorlage hinaus zum Ziele hatten. Die im § 2 Satz 1 des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen aufgeführten Unterstützungsbeträge wurden von 7200 auf 18 000 Mark, von 5700 auf 15 000 Mark und von 3200 auf 7000 Mark erhöht. Der im § 2 Absatz 4 Satz 2 genannte Unterstützungsbeitrag wurde von 4000 auf 12 000 Mark erhöht.

Devisenkurse

im Freiverkehr mittags 12 Uhr, mitgeteilt von der Commerz- und Privat-Bank, Filiale Dresden

Berlin		23 Oktober	
		Geld	Brief
Newyork	1 Dollar	4040.—	4060.—
Paris	100 Fr.	28000.—	28100.—
Zürich	100 Fr.	72900.—	72700.—
Stockholm	100 Kr.	115900.—	115900.—
Prag	100 Kr.	18000.—	18100.—
London	1 Pfd Sterl.	18000.—	18500.—
Holland	100 Fl.	156000.—	158000.—
Kopenhagen	100 Kr.	86880.—	86950.—

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Das nördliche Hochdruckgebiet ist etwas schwächer geworden. Bei Island ist eine neue Depression erschienen. Im übrigen weist die Druckverteilung nur wenig Veränderungen auf. Ein schwacher Hochdruckrücken hat bei uns Besserung des Wetters bewirkt. Diese wird nicht von Bestand sein, da die Barometermessung bereits von geringer Höhe ab nördliche Winde ergeben hat. Eine rasche Aenderung der allgemeinen Wetterlage ist nicht zu erwarten, so daß für die nächsten Tage noch mit kühlem, vorwiegend trübem, zeitweise mit Niederschlägen verbundenem Wetter zu rechnen ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Rudolf Lindau; für den Inseratenteil: Josef Rodmann. — Druck und Verlag der „Saxonia"-Buchdruckerei G. m. b. H. in Dresden

Bekanntmachung, Bezug von Gas und Strom durch Zivileinquartierung

Nach § 15 Ziffer 2 des Ortsgesetzes über die Zivileinquartierung vom 14. Juli/8. August 1921 hat der Einquartierte für den Bezug von Gas und Strom, wenn der Verbrauch nicht durch besondere Zähler gemessen wird, einen wöchentlichen Zuschlag zu der Quartiervergütung zu zahlen.

Im Einvernehmen mit dem Wohnungsamte werden nachstehend die vom Verwaltungsrat der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke festgesetzten wöchentlichen Zuschläge bekanntgegeben.

Die Zuschläge sind nach den am 14. Oktober 1922 bekanntgegebenen Preisen von 28 Mk. für ein Kubikmeter Gas und 55 Mk. für eine Kilowattstunde Lichtstrom errechnet. Sie gelten von der 7. Einhebungsperiode 1922 ab, die den Verbrauch von der Anfang Oktober dieses Jahres erfolgten Standaufnahme der Messer umfaßt und Anfang November dieses Jahres beginnt.

Wegen der für die vorhergehende Zeit geltenden Zuschläge wird auf die früheren Bekanntmachungen hingewiesen.

Für die Berechnung der Zuschläge ist eine Brennzeit für die Beleuchtung vom Dunkelwerden bis 10 Uhr abends angenommen worden.

Für die vorübergehend beleuchteten Räume gilt ein Viertel der Sätze für die regelmäßig beleuchteten Räume.

Die Benutzungsdauer des Gaskochers ist bei Mitbenutzung anderer Kocheinrichtungen auf 28 Stunden im Winter ansteigend bis 30 Stunden im Sommer und bei Nichtbenutzung anderer Kocheinrichtungen auf 30 Stunden im Sommer ansteigend bis [illegible] Stunden im Winter angenommen worden.

Die Benutzung mehrerer Flammen in einem Raume sowie die Benutzung des Gases zu anderen als Beleuchtungs- und Kochzwecken und die Benutzung des elektrischen Stromes zu Heiz-, Koch- und Plättzwecken sowie zu technischen Zwecken ist verboten.

Monat	Für die Beleuchtung sind wöchentliche Brennstunden gerechnet worden:	Wöchentliche Zuschläge: A. Für elektrischen Strom zur Beleuchtung in einem regelmäßig beleuchteten Raume — bei einer Lampe von Watt: 20	25	30	40	60	B. Für Gas zur Beleuchtung in einem regelmäßig beleuchteten Raume — hängende Gasbrenner: Zwerg	Liliput	Normal	stehende Gasbrenner: Liliput	Normal	C. Für Gas zum Kochen — bei Mitbenutzung eines Kochgerätes	bei Nichtbenutzung eines Kochherdes
		Kerzen (bei Metalldrahtlampen): 16	20	25	32	50							
		₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰	₰
Oktober	34	27.40	46.90	56.10	74.80	112.20	47.60	86.70	119.—	104.70	142.80	274.40	933.20
1 Brennstunde kostet		1.10	1.88	1.65	2.20	3.30	1.40	2.52	3.50	3.08	4.20	1 Brenner 9.80 ₰	

Dresden, am 16. Oktober 1922.

Der Rat zu Dresden, Betriebsamt.